DLR Projektträger

Themenspecial

Zusammenhalt neu gedacht

aus dem Geschäftsbericht 2019

Zusammenhalt neu gedacht

Warum sich Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gemeinsam für eine Aktivierung demokratischer Streitkultur stark machen sollten

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, ist im aktuellen Koalitionsvertrag ausdrücklich als Ziel deutscher Politik festgeschrieben. Doch die Herausforderung ist groß: Die Anzahl möglicher schwächender Faktoren hat in den letzten Jahrzehnten drastisch zugenommen, sodass Fachleute aus wissenschaftlicher Sicht und Bürgerinnen und Bürger „aus dem Bauch heraus" zu der Einschätzung kommen: Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist akut gefährdet. Um gegenzusteuern, setzen wir uns als DLR Projektträger für einen gesamtgesellschaftlichen Kraftakt ein, um eine neue Kultur des Zusammenlebens und des demokratischen Streitens zu etablieren, die souverän mit gesellschaftlicher Differenz umgeht und auf einen nachhaltigen Interessenausgleich setzt. Eine Kultur, die Zusammenhalt neu denkt – und immer wieder aufs Neue herstellt.

Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Was können und müssen Bürgerinnen und Bürger aus Eigeninitiative anstoßen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken? Wo können staatliche, wissenschaftliche und wirtschaftliche Initiativen unterstützend eingreifen? Welche Konsequenzen müssen gezogen werden, wenn bei Landtagswahlen die politischen Ränder mehr Wählerinnen und Wähler auf sich vereinen als die Parteien der bürgerlichen Mitte? Und welche Auswirkungen hat eine weltweite Katastrophe wie die derzeitige Corona-Pandemie auf Gesellschaften und ihren Zusammenhalt national und international?

Wir beim DLR Projektträger (DLR-PT) können aufgrund unserer langjährigen Expertise dazu beitragen, Antworten auf die gestellten Fragen zu finden, um Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gleichermaßen zu unterstützen. Unsere Fähigkeit, interdisziplinär und „out of the box" zu denken, zeichnet uns seit Jahrzehnten aus und macht uns gerade bei einem derart komplexen Thema wie dem gesellschaftlichen Zusammenhalt zum idealen Partner.

Gesellschaftliche Desintegrationsdynamiken werden stärker

Die Komplexität des Themas zeigt sich bereits bei der Zustandsbeschreibung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland, da die wissenschaftlichen Einschätzungen darüber deutlich auseinandergehen. Nahezu alle Fachleute attestieren jedoch, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt akut gefährdet sei. „Tiefe Risse bedrohen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft", fasst einer der renommiertesten Wirtschaftswissenschaftler der Gegenwart, Paul Collier, die aktuelle Lage zusammen (Collier 2018). Megatrends wie Globalisierung, Digitalisierung und der fortschreitende Klimawandel tragen zu diesen „tiefen Rissen" ebenso bei wie weltweite Migrationsströme, religiöser Fundamentalismus, Antisemitismus, Populismus sowie Links- und Rechtsextremismus und steigende Politikverdrossenheit. Und welche Spätfolgen sich aus der aktuellen Corona-Krise ergeben werden, ist in seiner Gänze derzeit noch gar nicht absehbar: Auf der einen Seite führt die Krise kurzfristig zu vermehrten Solidaritätsbekundungen und einem erstarkenden Wir-Gefühl, auf der anderen Seite droht eine der schwersten Wirtschaftskrisen seit dem Zweiten Weltkrieg.

Unsere Gesellschaft steht vor sehr vielen Herausforderungen – politisch, wirtschaftlich und sozial. In der Fachwelt gilt der gesellschaftliche Zusammenhalt als bedroht.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die wachsende soziale Ungleichheit: Sie zeigt sich beispielsweise in ungleichen Aufstiegschancen – ein Problem, das auch für Deutschland weitreichende soziale und wirtschaftliche Folgen haben kann, wie Anfang 2020 eine Studie des Weltwirtschaftsforums (WEF) aufgezeigt hat. Sie kann aber auch zu einer Polarität von sozialer und ökologischer Dimension führen, etwa durch die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse einerseits und die relativ hohe Belastung von unteren Einkommensgruppen durch ökologische oder energetische Maßnahmen auf der anderen Seite. Dies zeigt sich insbesondere beim Wohnen, das zum einen für untere Einkommensgruppen bezahlbar sein soll, zum anderen aber tendenziell teurer wird, weil erhebliche Investitionen in energetische Sanierungen notwendig sind.

Auf europäischer Ebene haben vor allem die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Flucht- und Migrationsdynamiken Zweifel an der Bereitschaft geschürt, besondere Risiken oder Belastungen gemeinschaftlich zu tragen. Europaweit erhalten populistische Parteien und Bewegungen Zulauf, die sich mit anti-europäischen Positionen profilieren. Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union offenbart zudem die prinzipielle Umkehrbarkeit des europäischen Integrationsprozesses. Gleichzeitig sieht sich die EU geopolitisch vielfältigen Veränderungen und neuen Anfechtungen ausgesetzt, die ihr Zusammenwirken in den Bereichen Sicherheits- und Bündnispolitik sowie Wirtschafts-, Handels- und Industriepolitik herausfordern. Diese Entwicklungen haben grundlegende Fragen nach Zusammenhalt und Solidarität, nach Demokratie und politischer Legitimation sowie nach den systemischen, sozialen und kulturellen Integrationsprozessen innerhalb der Europäischen Union aufgeworfen.

Diese und weitere Faktoren beeinflussen offene Gesellschaften und liberale Demokratien grundsätzlich, indem sie Desintegrationsdynamiken Vorschub leisten, die Kohäsions- und Integrationskräfte von Gesellschaften schwächen und teilweise bereits in einen neuen, sich auch sozialkulturell verfestigenden Autoritarismus münden (vgl. Heitmeyer 2018, Nachtwey 2018).

Gesellschaftliche Realität wird zunehmend als widersprüchlich und fragil empfunden

Die Debatte um mögliche gesellschaftliche Veränderungen wird oft emotional geführt.

Die Frage, wie tief die Risse bereits sind beziehungsweise wie stark die genannten Faktoren unsere Gesellschaft tatsächlich auseinandertreiben, ist Gegenstand aktueller gesellschaftspolitischer und wissenschaftlicher Debatten. Während das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld von einer zunehmend gespaltenen Mitte spricht und eine deutliche Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch zunehmende Polarisierung sieht (vgl. Zick et al. 2016), kommt die Bertelsmann Stiftung zu dem Schluss, dass es trotz der Gefährdungen objektiv betrachtet noch relativ gut um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland bestellt sei. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben jedoch das subjektive Empfinden, der gesellschaftliche Zusammenhalt sei gefährdet. Der Kulturwissenschaftler Andreas Reckwitz arbeitet beispielsweise heraus, dass die Debatte um den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zuletzt deshalb in Teilen der Gesellschaft so emotional geführt werde, weil sich in den letzten Jahrzehnten die hoffnungsvollen Erwartungen vieler Menschen hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklungen nicht erfüllt haben und sie als Folge die gesellschaftliche Realität zunehmend als widersprüchlich und fragil empfinden (vgl. Reckwitz 2019). Als Beispiele nennt er die Globalisierung und Digitalisierung, die zu Zukunftsängsten und Entsolidarisierung in und zwischen einzelnen Gesellschaftsgruppen führen.

Interessant ist, dass laut Bertelsmann Stiftung der gesellschaftliche Zusammenhalt dort besonders gering ausgeprägt ist, wo Menschen in Armut leben und das Bildungsniveau niedrig ist. Entsprechend ist er an den Stellen besonders hoch, wo auch das Wohlstandsniveau hoch ist, die Globalisierung als positiv wahrgenommen wird und zudem viele junge Menschen leben. Verschiedene Studien zeigen zudem, dass eine Gesellschaft Vielfalt eher akzeptiert, wenn dort viele Menschen aus unterschiedlichen Ländern oder Kulturen einvernehmlich leben. Fehlt jedoch der direkte Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund, nimmt die Furcht vor dem Fremden zu – und somit auch die Vorbehalte gegen Migrantinnen und Migranten. Daraus lassen sich bereits erste Maßnahmen ableiten, wie sich der gesellschaftliche Zusammenhalt stärken ließe: Armut bekämpfen, Bildung verbessern, Begegnungen ermöglichen.

Normative Leitidee oder messbarer Fakt?

Die häufige Verwendung des Begriffs *gesellschaftlicher Zusammenhalt* in öffentlichen Diskussionen und im politischen Tagesgeschäft erweckt den Eindruck, dass er selbsterklärend sei. Ein Blick in die wissenschaftliche Debatte, die eher den Terminus *der sozialen Kohäsion* verwendet, zeigt aber, dass der Begriff zumindest in seiner Definition umstritten ist. Den divergierenden Positionen liegen unterschiedliche Begriffe von gesellschaftlichem Zusammenhalt, unterschiedliche analytische Methoden und schließlich unterschiedliche theoretische Krisendeutungen zugrunde. Während in älteren sozialwissenschaftlichen Ansätzen gesellschaftlicher Zusammenhalt in erster Linie als eine normative Leitidee im Sinne einer kulturellen Wertegemeinschaft verstanden wurde, dominiert in aktuellen Ansätzen stärker der Versuch, die analytischen Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts zu definieren, zu operationalisieren und damit messbar zu machen (vgl. Pries 2013).

Einigkeit herrscht in den Sozialwissenschaften dagegen bezüglich des gesellschaftlichen Problems, das der Begriff des gesellschaftlichen Zusammenhalts benennt: Inwiefern können komplexe, systemisch und kulturell ausdifferenzierte moderne Gesellschaften überhaupt als Kollektive verstanden werden, die „zusammenhalten" – also als Gemeinschaften, in denen sich die Mitglieder mit dem Kollektiv auch und gerade über Differenzen hinweg identifizieren und solidarisch füreinander einstehen?

Wir wollen wissenschaftliche Kompetenzen bündeln und zur Versachlichung der Debatte um den gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen.

Das neu vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ins Leben gerufene Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), das wir als DLR-PT im Auftrag des BMBF betreuen, setzt sowohl auf der emotionalen als auch auf der analytischen Ebene an: Ziel ist es, am FGZ die bundesweit vorhandenen wissenschaftlichen Kompetenzen zum Thema zu bündeln, neue Forschungsimpulse zu setzen und somit die bisweilen emotional geführte Debatten auf der Grundlage wissenschaftlich gesicherter Erkenntnisse zu versachlichen. Insbesondere soll das Institut mit praxisrelevanten Vorschlägen dazu beitragen, gesellschaftlichen Herausforderungen so zu begegnen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird.

Inhaltlich abgesicherte, moralisch gerechtfertigte und rechtlich legitimierte Lösungen gesucht

Neben der Herausforderung einer gesellschaftlich anerkannten und verbindlichen Definition von gesellschaftlichem Zusammenhalt stellt sich eine weitere wichtige Frage: Wer kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt überhaupt stärken? Wer ist in der Position, inhaltlich abgesicherte, moralisch gerechtfertigte und rechtlich legitimierte Lösungen anzubieten, die von allen Gesellschaftsgruppen akzeptiert werden?

Es ist Aufgabe demokratischer Politik, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer pluralen Gesellschaft zu fördern.

Unstrittig in der deutschen Debatte ist, dass es Aufgabe demokratischer Politik ist, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer offenen und pluralen Gesellschaft zu fördern. Eine herausragende Rolle kommt hierbei der öffentlichen Hand zu. Sie ermöglicht Leistungen der Daseinsvorsorge, den Zugang zu sozialen Infrastrukturen und die Sicherung öffentlicher Güter. Gerade der letzte Punkt ist von großer Relevanz: Öffentliche Güter begründen gesellschaftlichen Zusammenhalt, ermöglichen Institutionenvertrauen, eröffnen individuelle und kollektive Freiheitsräume und schaffen gesellschaftlichen Wohlstand (vgl. Vogel 2019). Zudem sind eine garantierte Rechtsstaatlichkeit und die damit verbundene Sicherstellung einer freien und gleichen Entfaltung aller Bürgerinnen und Bürger in einer demokratischen Gesellschaft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von zentraler Bedeutung.

Die Partizipation und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat sind entscheidend.

Der Staat- und Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat jedoch darauf hingewiesen, dass der freiheitliche Staat von Voraussetzungen lebt, die er selber nicht garantieren kann (vgl. Böckenförde 2007). Damit meint er, dass Demokratie und das damit verbundene Institutionengefüge nur unter einer Voraussetzung existieren können: Die Mitglieder einer Gesellschaft müssen Vertrauen in das Funktionieren der rechtsstaatlichen Ordnung haben, indem sie sich als Teil von etwas fühlen, von dem auch die anderen Gesellschaftsmitglieder Teil sind. Das Konzept des gesellschaftlichen Zusammenhalts bezeichnet in seiner Wertorientierung also den Anspruch und die Überzeugung, dass demokratische Gesellschaften nicht nur auf einem abstrakten Institutionengefüge und dessen Funktionieren basieren, sondern auch auf der Partizipation ihrer Bürgerinnen und Bürger und der Verpflichtung auf die Idee, gegenseitig füreinander einzustehen. Wie wichtig das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat und sein Institutionengefüge ist, zeigt eindrucksvoll die aktuelle Corona-Krise. Hier muss der Staat in Abwägung wichtiger Rechtsgüter weitreichende Entscheidungen treffen. Der Staat kann bestimmte Freiheiten nicht länger garantieren beziehungsweise muss diese massiv einschränken, wenn die Gesundheit vieler nicht nur gefährdet, sondern sogar bedroht ist. Dass die aktuellen Maßnahmen, die tief in das Verständnis unserer Demokratie und die damit verbundenen Grundrechte eingreifen, von den meisten Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden, ist Ausdruck des großen Vertrauens, das dem Staat in dieser schwierigen Situation hierzulande entgegengebracht wird.

Trotz der staatlichen Eingriffe in die Grundrechte aufgrund der Corona-Krise haben die meisten Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in den Staat.

Ein funktionierendes Rechtssystem schafft die Voraussetzung, Konflikte aus der Welt zu schaffen, provoziert aber gleichzeitig neue.

Auch das Käthe Hamburger Kolleg Recht als Kultur, das wir als DLR-PT im Auftrag des BMBF betreuen, weist darauf hin, dass ein funktionierendes Rechtssystem, dem die Menschen vertrauen, zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für gesellschaftlichen Zusammenhalt sei. Ohne Zweifel bilde es eine wichtige Voraussetzung, wenn es darum geht, Konflikte aus der Welt zu schaffen oder Chaos und Gewalt mit zivilisierter Ordnungsbildung zu begegnen. Gleichwohl macht das Käthe Hamburger Kolleg darauf aufmerksam, dass das Recht nicht nur Schauplatz zahlreicher sozialer und politischer Kämpfe und rechtlicher Kollisionen ist, sondern dass es auch mitunter durch seine Verfahren, Normen und Kategorien selbst neue Konflikte provoziert. Aus einer kulturalistischen Perspektive kann damit das Rechtssystem nicht als ein uniformes Objekt vorausgesetzt werden, da es sich vielmehr in Bezug auf seine Inhalte wie auch auf seine Form als plural, umstritten und dynamisch erweist.

Stellschrauben für eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Neben der Legitimation betreffen weitere wichtige Fragen die praktische Umsetzung: An welchen Stellschrauben kann man drehen, um möglichst im Interesse aller den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken? An welchen muss man drehen? Welche Zukunftsthemen sind für unsere Gesellschaft und ihren Zusammenhalt so wichtig, dass wir sie nicht außen vor lassen können? Und wie finden wir hier den optimalen, weil breit akzeptierten Lösungsweg?

Wie können wir in der Wirtschaft für eine Balance zwischen Lasten und Gewinnen sorgen und dabei das Gemeinwohl nachhaltig sichern?

Ein solches Zukunftsthema ist zum Beispiel unsere Wirtschaft: Ohne Zweifel hat uns die wachstumsbasierte Ökonomie Freiheit, Teilhabe und Wohlstand in einem historisch beispiellosen Maß ermöglicht. Die bisherige Form des Wirtschaftens gerät jedoch zunehmend an ihre Grenzen, wie beispielsweise die fortschreitende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Verschärfung sozial ungleicher Lebensverhältnisse nachdrücklich zeigen. Hier müssen wir zwangsläufig in eine gesamtgesellschaftliche Diskussion einsteigen und uns beispielsweise die Frage stellen: Wie können wir für eine Balance zwischen Lasten und Gewinnen auf allen Seiten sorgen, damit das Gemeinwohl nachhaltig gesichert bleibt?

Ein weiteres Beispiel, das Deutschland angehen muss, ist das weiter oben bereits angerissene Thema *Wohnen*. Wie kaum ein anderes politisches Handlungsfeld in Deutschland steht die Wohnungspolitik sowohl unter sozialem als auch ökologischem Druck – und ist von entscheidender Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch wenn Neubauten heute kaum noch Energie verbrauchen: Die Frage ist, wie der ältere Gebäudebestand klimaneutral umgebaut werden kann, wie sich zugleich Verdrängungseffekte vermeiden lassen und das Wohnen auch für untere und mittlere Einkommensgruppen wieder erschwinglicher wird? Zweifellos verteuern die notwendigen Investitionen in energetische Sanierungen das Wohnen – und der Platzbedarf für Neubauten am Stadtrand, die den angespannten innerstädtischen Wohnungsmarkt entlasten könnten, stößt vielerorts an ökologische Grenzen. Studien von Hochschulen und unabhängigen Instituten beschäftigen sich bereits mit alternativen Lösungsansätzen: Das Spektrum reicht von gemeinschaftlichen Wohnprojekten im Bestand über attraktive Umzugsoptionen für Menschen, die mehr Wohnraum besitzen, als sie tatsächlich nutzen, bis zum Ausschöpfen aller Flächenpotenziale im bebauten Stadtgebiet – zum Beispiel durch Dachgeschossausbau, Umnutzungen oder Aufstockungen von Gebäuden wie den meist eingeschossigen Filialen des Einzelhandels. Eine aktuelle Studie hat diesbezüglich ein Potenzial von 2,3 bis 2,7 Millionen neuen Wohnungen in Deutschland errechnet. Die Herausforderung der Zukunft wird sein, für solche Lösungen die rechtlichen und materiellen Rahmenbedingungen sowie Akzeptanz zu schaffen und diese einer breiteren Bevölkerungsschicht anbieten zu können.

Die Wohnungspolitik steht unter massivem Druck und ist von großer Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der digitale Wandel zählt ebenfalls zu den großen Zukunftsthemen, da er alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche beeinflusst. Neben Geschäftsmodellen und industriellen Prozessen verändert sich auch die Art und Weise, wie wir arbeiten, kommunizieren oder mit Wissen umgehen. Als DLR-PT betrachten wir technische Fragen daher auch aus gesellschaftlicher Perspektive – und umgekehrt. Anders gesagt: Welche digitalen Innovationen sind nicht nur machbar, sondern für die Menschen von Nutzen, und werden von der breiten Gesellschaft auch akzeptiert? So ging es in dem von uns mit initiierten Projekt *ABIDA* (*Assessing Big Data*)

des BMBF um die Frage, welche Veränderungen in der Wirtschaft, bei Dienstleistungen, im staatlichen Handeln oder im Privatleben durch die immer größere Verfügbarkeit von immer mehr Daten (*Big Data*) ausgelöst werden und wie wir damit umgehen können: Wie lässt sich zum Beispiel beim Einsatz von Big-Data-Algorithmen bei der Personalauswahl Diskriminierung vermeiden? Neben Expertenworkshops und der Arbeit in Facharbeitskreisen sind im Rahmen der Forschung für dieses Projekt auch die Ergebnisse von Bürgerkonferenzen einbezogen worden. Im Nachfolgeprojekt *GOAL – Governance von und durch Algorithmen*, das wir als DLR-PT ebenfalls betreuen, forschen Informatiker, Rechtswissenschaftler, Ethiker, Verhaltenswissenschaftler und Ökonomen interdisziplinär unter anderem zu der Frage, welche verhaltenssteuernden und regulativen Wirkungen Algorithmen haben und wie sich diese verantwortungsbewusst einsetzen lassen.

Beim Thema *digitaler Wandel* betrachten wir die technischen Fragen aus der gesellschaftlichen Perspektive und umgekehrt.

Eine weitere Stellschraube, an der sich aus verschiedenen Richtungen drehen lässt, sind ungleiche Lebensverhältnisse – sowohl in Deutschland als auch in der gesamten EU. So bestehen in einigen Bereichen erhebliche regionale und nationale Disparitäten, zum Beispiel bei den unterschiedlichen Bildungschancen abhängig von der sozialen Herkunft, den Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten, der Sicherung der Mobilität, der Breitband- und Mobilfunkanbindung sowie beim Zugang zu Angeboten der Grundversorgung und Daseinsvorsorge, insbesondere zu technischen, sozialen und kulturellen Infrastrukturen und der Nahversorgung (vgl. *Bildungsbericht 2018, Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse 2019*). Bezüglich dieser Disparitäten hat der DLR-PT den Anspruch, über einen fruchtbaren Austausch von Wissen dazu beizutragen, gleichwertige Lebensverhältnisse innerhalb der Europäischen Union herzustellen. Ziel ist es, einen langfristig wirksamen Beitrag zu einer zukunftsfähigen europäischen Bildungs- und Forschungspolitik zu leisten. Dazu gehören eine exzellente berufliche Bildung in ganz Europa genauso wie ein leistungsfähiger europäischer Forschungsraum, Förderung von bezahlbaren und nachhaltigen Energieträgern und nachhaltige Bewirtschaftung unserer Ressourcen. Wenn Deutschland im Juli 2020 den Vorsitz im Rat der EU übernimmt, versuchen wir als DLR-PT dazu beizutragen, entscheidende Impulse in Bildung, Forschung und Innovation zu setzen.

Wir wollen über einen Austausch von Wissen dazu beitragen, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland und in der EU herzustellen.

Eine der weltweit größten Herausforderungen für gleichwertige Lebensverhältnisse und die damit verbundene soziale Gleichheit ist das Thema *Gesundheit*. Soziale Ungleichheit entsteht, wo bereits der Zugang zu sauberem Wasser oder ärztlicher Versorgung eine Frage der Zugehörigkeit zu prädestinierten Bevölkerungsgruppen ist. Doch selbst in Industrienationen hat soziale Ungleichheit erheblichen Einfluss auf die Gesundheitschancen der Menschen: Je niedriger die soziale Schichtenzugehörigkeit, desto ungünstiger der Verlauf schwerer Krankheiten und desto höher die Sterblichkeitsrate. Was aber kann unternommen werden, um sozial bedingte gesundheitliche Ungleichheiten zu reduzieren? Der Gesetzgeber hat hierzu bereits einen Vorstoß unternommen. Im *Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention* (*Präventionsgesetz – PrävG*) steht, dass Primärprävention und Gesundheitsförderung einen Beitrag zur Verminderung solcher gesundheitlicher Ungleichheiten leisten soll. Hierzu bedarf es jedoch einer wissenschaftlichen Grundlage: Welche Maßnahmen sind tatsächlich geeignet, um gesundheitliche Ungleichheiten zu reduzieren? Wie kann man insbesondere sozial schlechter gestellte Personen zu einem gesundheitlich orientierten Lebensstil motivieren? Welche technischen Hilfsmittel sind wirksam, um den sozialen Gradienten von Gesundheit und Krankheit zu minimieren? All dies sind Fragen, die im BMBF-Förderschwerpunkt *Präventionsforschung* behandelt werden, den der DLR-PT seit 16 Jahren mit konzipiert, umsetzt, begleitet und auch evaluiert.

Soziale Ungleichheiten haben auch in Deutschland Einfluss auf die Gesundheitschancen der Menschen.

Der DLR Projektträger: erste Wahl beim Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt

Für viele der hier skizzierten Fragen und Herausforderungen haben wir als DLR-PT bereits Antworten und Lösungsvorschläge gefunden: Wir begreifen gesellschaftlichen Zusammenhalt als hoch komplexes Thema, das praxisnahe Maßnahmen erfordert. Wir kennen viele der Faktoren, die den Zusammenhalt stärken beziehungsweise gefährden. Wir verstehen die Auswirkungen dieser Faktoren auf einzelne Gesellschaftsgruppen oder ganze Gesellschaften – regional, national und international. Und wir entwickeln konkrete Lösungen, um messbare und nachhaltige Erfolge für unsere Auftraggeber zu erzielen und Gesellschaft zu gestalten.

„Es bedarf einer neuen Kultur des Zusammenlebens, die souverän mit gesellschaftlicher Differenz umgeht."

Dr. Cedric Janowicz, Fachbereich *Gesellschaft, Innovation, Technologie*

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken, bedarf es aus unserer Sicht einer neuen Kultur des Zusammenlebens, die souverän mit gesellschaftlicher Differenz umgeht. Wie eine solche Kultur aussehen könnte, hat in den letzten Jahren beispielsweise das Exzellenzcluster *Normative Ordnungen* der Goethe-Universität in Frankfurt erforscht. Herzstück einer solchen Kultur ist demnach vor allem der produktive Streit: Eine Gesellschaft hält bei Veränderungsdruck besser zusammen, wenn sie eine nachhaltige, interessenausgleichende Konfliktkultur besitzt und nicht, wenn sie als besonders harmonisch empfunden wird. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist folglich keine feststehende Ressource, sondern muss immer wieder aufs Neue hergestellt werden, indem gesellschaftliche Konflikte produktiv ausgetragen werden (vgl. Schröter 2017). Zusammenhalt wurzelt so betrachtet – eine ältere Idee des Soziologen und Liberalen Ralf Dahrendorfs aufgreifend – in einer spezifischen Funktion demokratischer Institutionen und Verfahren, die dafür Sorge tragen, dass Konflikte um die irreduzible Pluralität und Differenz moderner Gesellschaften nicht in Fragmentierungsprozesse und Zerfall münden, sondern eine produktive Wende erfahren: die Erneuerung der gesellschaftlichen Grundlagen der Kooperation, beispielsweise von Vertrauen, Toleranz und Solidarität (vgl. Dahrendorf 1972). Oder mit den Worten von Peter Sloterdijk ausgedrückt: „Ein von Furcht freier, wohlmeinender Streit um die Optimierung der Mittel beim Streben nach Gemeinwohl" (Sloterdijk 2018).

Für diese neue Kultur des Streitens sehen wir alle gesellschaftlichen Akteure gleichermaßen in der Pflicht: Die aktive Zivilgesellschaft mit ihren engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Organisationen und Religionsgemeinschaften spielt hier eine ebenso wichtige Rolle wie der Staat und seine verschiedenen Institutionen sowie Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Wir als DLR-PT können alle Seiten unterstützen – und so einen Beitrag leisten, gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer vielfältigen, „bunten" Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Hier einige Beispiele aus unserer aktuellen Arbeit:

Produktiver Streit und etablierte Konfliktkultur tragen dazu bei, dass eine Gesellschaft auch bei großen Veränderungen zusammenhält.

Wir unterstützen alle gesellschaftlichen Akteure in der Partizipation – durch Bürgerdialoge, Demokratiewerkstätten oder im Rahmen der Bürgerforschung.

- Mit Bürgerdialogen, Online-Partizipation oder Demokratiewerkstätten unterstützen wir Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler und regionaler Ebene dabei, Beteiligungsformate zu organisieren, ihre Interessen zu artikulieren und Lösungen mitzugestalten. Das geschieht vor allem in der Wissenschaftskommunikation mit verschiedenen Projekten im Rahmen der Bürgerforschung (*Citizen Science*), die wir im Auftrag des BMBF umsetzen (mehr dazu ab Seite 43). Darüber hinaus betreuen wir aber auch viele andere Beteiligungsformate, zum Beispiel Bürgerversammlungen im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf, um dort – beispielhaft für andere Kommunen – Wege zu finden, wie sich durch Möglichkeiten der Mitwirkung das Vertrauen in die Demokratie, das in Teilen der Bevölkerung verloren gegangen ist, wieder stärken lässt. Ein weiteres Beispiel sind Gremien und Veranstaltungen im Bereich *Bildung für nachhaltige Entwicklung* (BNE), bei denen Bürgerinnen und Bürger mit Politik, Wirtschaft und Verwaltung in Dialog treten. Im Gesundheitsbereich unterstützen wir die Entwicklung eines Leitfadens, der die Sichtweise von mehrfach erkrankten älteren Patientinnen und Patienten in ihren Behandlungsplan einbezieht und all denen helfen soll, die an der Behandlung dieser Menschen beteiligt sind.

- Mit dem Rahmenprogramm *Gesellschaft verstehen – Zukunft gestalten* des BMBF unterstützen wir die Wissenschaft dabei, Entwicklungen in verschiedenen Lebensbereichen zu analysieren und passende, wissenschaftlich abgesicherte Lösungen und Strategien zu erarbeiten. Dabei sollen wissenschaftliche Erkenntnisse unter Einbeziehung von Transfer- und Praxispartnern (Wohlfahrtsverbände, Freiwilligenorganisationen, Stiftungen des politischen und kulturellen Lebens etc.) und mit Unterstützung des DLR-PT in der jeweiligen Untersuchungsumgebung angewandt, erprobt und nachhaltig etabliert werden. Ein Beispiel sind soziale Innovationen, etwa die Entwicklung einer App, die es ihren Nutzern auf einfache und überschaubare Weise ermöglicht, in ihrer Stadt individualisierte Informationen zu finden – etwa über Sportangebote, Nachbarschaftshilfen oder kulturelle Angebote.

- Bezogen auf die Corona-Pandemie haben wir auf der Website des *Rahmenprogramms für die Geistes- und Sozialwissenschaften*, die wir für das BMBF betreuen, wichtige Diskussionen unter Einbeziehung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Community initiiert: Wie kann es gelingen, die Corona-Pandemie einzudämmen, Ressourcen gerecht zu verteilen und zugleich die Maßnahmen so zu gestalten, dass ein nachhaltiges „Wiederhochfahren" des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft gelingen kann? Welche sozialen Verwerfungen können entstehen und wie lassen sie sich verhindern? Was können wir aus dieser Krise lernen? Und wie kann sie unsere Gesellschaft stärker machen? Zudem haben wir im Auftrag des BMBF zur unbürokratischen und schnellen Umsetzung von COVID-19-bezogenen Forschungsmaßnahmen in den Geistes- und Sozialwissenschaften beigetragen.

- Wir unterstützen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft dabei, dass neue wissenschaftliche Erkenntnisse schneller ihren Weg in die Praxis finden, erprobt werden und so zur Lösung aktueller Herausforderungen beitragen können. Beispiele sind das bereits erwähnte Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), die von uns betreute Forschung zu sozial bedingten gesundheitlichen Ungleichheiten oder unser Beitrag, um soziale Ungleichheiten zwischen Regionen auszugleichen (mehr dazu auf den Seiten 28, 30 und 32). Aber auch mit Themen wie der Inklusion von Menschen mit Behinderungen, der Integration von Flüchtlingen oder der zukunftsweisenden Entwicklung von Städten etwa am Beispiel Mobilität stellen wir unsere Expertise rund um das Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt unter Beweis.

Während der Corona-Pandemie suchen wir an der Seite des BMBF nach Antworten auf drängende Fragen und beziehen dabei die geistes- und sozialwissenschaftliche Community mit ein.

„Sinnvoll verknüpft können praxisgerechte Maßnahmen zu einer nachhaltigen Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen."

Dr. Monika Wächter, Fachbereich *Gesellschaft, Innovation, Technologie*

Unsere Expertise: wissenschaftlich fundiert, praktisch erprobt

Erste Maßnahmen, mit denen sich der gesellschaftliche Zusammenhalt stärken ließe, haben wir weiter oben bereits angerissen: Armut und eine weitere Zunahme ungleicher Lebensverhältnisse bekämpfen, weil dieser Punkt von zentraler Bedeutung ist, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern; Bildung verbessern, Ausbildung fördern, Wissen vermitteln, weil ein hohes Bildungsniveau mit starkem gesellschaftlichen Zusammenhalt einhergeht; Begegnungen ermöglichen, um den Umgang mit Vielfalt in einer Gesellschaft zu lernen und damit jeder Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die Grundlage zu entziehen. Viele weitere Schlagworte ließen sich ergänzen, beispielsweise Selbstbestimmung, Zukunftsperspektiven, Solidarität, Toleranz, gemeinwohlorientiertes Wirtschaften und gegenseitiger Respekt. Im Endeffekt muss es aber darum gehen, einzelne Maßnahmen so zu verknüpfen, dass praxisgerechte und vor allem erfolgreiche Projekte entstehen, deren Ergebnisse zu einer nachhaltigen Sicherung gesellschaftlichen Zusammenhalts und einer damit verbundenen Verbesserung der Lebenswirklichkeit vieler Menschen führen können.

Genau das haben wir als DLR-PT in der Praxis bereits für verschiedene Auftraggeber umgesetzt – wie die Projekte auf den folgenden Seiten zeigen.

Dieser Text liegt als Hörfassung vor:

„Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen dahin gehen, wo es weh tut.“

Nach einem Jahr Vorbereitungszeit nimmt das dezentrale Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) im Juni 2020 seine Arbeit auf. Ein Gespräch mit Dr. Monika Wächter, einer der beiden Projektleiterinnen beim DLR-PT für die Fördermaßnahme FGZ, über Sinn, Ziele und Grenzen des in dieser Form bislang einmaligen Instituts.

Frau Dr. Wächter, die gesamte Umsetzung des FGZ liegt beim DLR-PT im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Was können wir, was andere nicht können?

Wir sind als Projektträger für die Bearbeitung des Themas *gesellschaftlicher Zusammenhalt* hervorragend aufgestellt. Bereits seit 2007 unterstützen wir das BMBF im Bereich Sozial- und Geisteswissenschaften. In dieser Zeit haben wir die in diesem Forschungsfeld aktive Wissenschafts-Community und deren Dynamik wie kein anderer Projektträger kennengelernt – und die Community kennt uns. Dieses Netzwerk ist ein extrem wichtiger Faktor, weil wir das dort vorhandene Wissen für unsere jetzigen und zukünftigen Aufgaben jederzeit „anzapfen“ können. Das gibt uns als Projektträger ein echtes Alleinstellungsmerkmal.

Dr. Monika Wächter

Nun kommt die Bertelsmann Stiftung in ihrem aktuellen ‚Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt‘ zu dem Ergebnis, dass es in Deutschland immer noch gut um den gesellschaftlichen Zusammenhalt bestellt ist. Trotzdem hat die Bundesregierung rund 40 Millionen Euro für das FGZ bereitgestellt. Gut investiertes Geld?

Der Ansatz ist gut und richtig. Es gibt zwar bereits intensive Forschung zu einzelnen Themen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt betreffen und in den Politik- und Sozialwissenschaften virulent sind – zum Beispiel Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus oder auch die Integration und Desintegration von Bevölkerungsgruppen. Aber mit der besseren finanziellen Ausstattung und der stärkeren Vernetzung innerhalb des FGZ können diese und viele weitere Themen jetzt noch einmal intensiver angegangen werden.

Die Presse hat auf die Nachricht, dass ein solches Forschungsinstitut gegründet werden soll, nicht gerade wohlwollend reagiert. Von Uneinigkeit unter den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern war da die Rede und wie die sich in einem virtuellen Institut, das aus elf deutschen Hochschul- und Forschungsinstituten in zehn Bundesländern besteht, einigen sollten. Teilen Sie diese Kritik?

Es ist auf jeden Fall ein Experiment. Aber das Ziel ist klar: Wir brauchen eine bessere Wissensbasis, Zahlen und Fakten eingeschlossen, um in einem gemeinsamen Dialog zwischen Politik und Gesellschaft zu klären, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt auch in Zukunft funktionieren kann. Nicht nur, aber gerade im Osten Deutschlands gibt es derzeit viele Fragen, auf die es bislang keine eindeutigen oder belegbaren Antworten gibt:

Warum ist die Unzufriedenheit bei einem Teil der Bevölkerung so groß, obwohl es uns in Deutschland so gut geht wie noch nie? Warum wählen Menschen, die eigentlich Vertrauen in die Demokratie haben, trotzdem antidemokratisch? Was passiert da gerade in der Gesellschaft? Hier erwartet die Politik Antworten vom FGZ. Und um diese Antworten zu finden, müssen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler noch stärker als bisher zusammenarbeiten, ihre Komfortzone verlassen und dahin gehen, wo es weh tut. Nur so können sie ihr Potenzial voll ausschöpfen, differenzierte Antworten auf komplexe Fragen zu liefern.

Frau Dr. Wächter, vielen Dank für das Gespräch.

Dr. Wächter: „Obwohl es den meisten Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland so gut geht wie noch nie, wächst die Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung und das Vertrauen in die Demokratie sinkt."

Soziale Ungleichheit und Gesundheit

Sozial bedingte gesundheitliche Ungleichheiten sind bei Männern und Frauen unterschiedlich

Persönliche Daten:

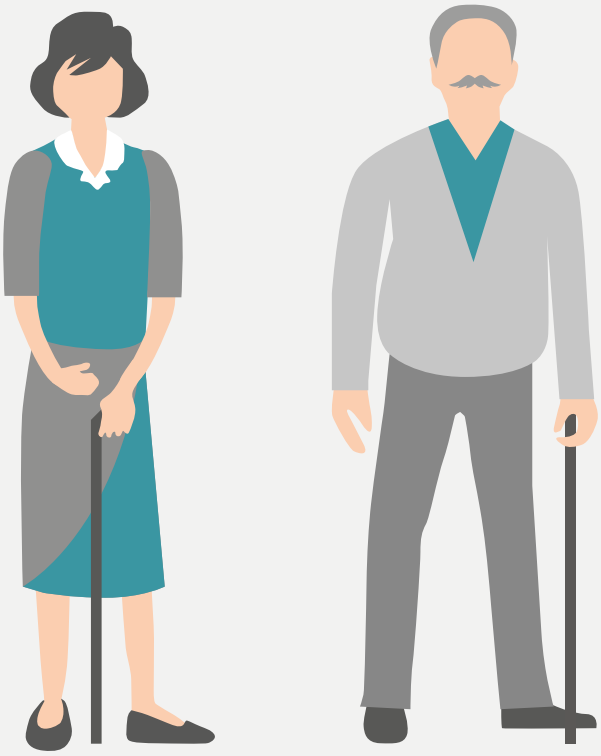
Alter 65,
unterste soziale Statusgruppe

Fernere Lebens-erwartung:

3,7 Jahre niedriger als in der höchsten Einkommensgruppe

Koronare Herzkrankheit, Häufigkeit:
2,13-fach erhöht (im Vergleich zur höchsten Statusgruppe)

Diabetes Mellitus, Häufigkeit:
3,52-fach erhöht (im Vergleich zur höchsten Statusgruppe)



Persönliche Daten:

Alter 65,
unterste soziale Statusgruppe

Fernere Lebens-erwartung:

6,6 Jahre niedriger als in der höchsten Einkommensgruppe

Koronare Herzkrankheit, Häufigkeit:
1,54-fach erhöht (im Vergleich zur höchsten Statusgruppe)

Diabetes Mellitus, Häufigkeit:
1,37-fach erhöht (im Vergleich zur höchsten Statusgruppe)

Quellen: Robert Koch Institut (2009), Lampert et al., (2017 und 2019)

Soziale Ungleichheit führt zu gesundheitlicher Ungleichheit: Wohlstand, Bildung, persönliche Einstellungen, kultureller Hintergrund und das persönliche Lebensumfeld nehmen starken Einfluss auf unsere Gesundheit und unsere Lebenserwartung – ein Umstand, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen kann. Die Forschung kann Wege aufzeigen, wie sozial bedingten gesundheitlichen Ungleichheiten entgegengewirkt werden kann. Wie lässt sich beispielsweise die Gesundheitskompetenz auch bei weniger gebildeten Menschen erhöhen? Welche speziellen Hilfestellungen benötigen chronisch erkrankte Menschen aus unteren sozioökonomischen Schichten? Und wie müssen Lebenswelten gestaltet sein, damit unsere Kinder gesund aufwachsen können? Mit diesen und vielen weiteren Fragen beschäftigen wir uns im Förderschwerpunkt *Präventionsforschung* des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) bereits seit 2004. Auf der Suche nach Antworten arbeiten wir im DLR-PT bereichsübergreifend zusammen und beziehen sowohl alle relevanten Akteure in Politik und Gesellschaft mit ein als auch viele verschiedene Forschungsfachrichtungen (Medizin, Sozial-, Bildungs- und Kulturwissenschaften, sozialökologische Forschung etc.). Dadurch können wir die Politik bei zukünftigen Fördermaßnahmen optimal unterstützen.

Gib Bildung eine Chance!

Chancengleichheit schaffen, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken

Die Aufstiegschancen hängen hierzulande immer noch erheblich vom Bildungsstand der Eltern ab. So beginnen statistisch gesehen knapp 80 Prozent der Kinder aus Akademikerfamilien ein Hochschulstudium. Bei Nicht-Akademiker-Familien sind es dagegen gerade einmal 27 Prozent. Diese soziale Ungleichheit ist ein Problem, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Wir als DLR Projektträger setzen uns interdisziplinär für Chancengerechtigkeit ein und unterstützen unsere Auftraggeber dabei, entsprechende Maßnahmen und Förderprogramme auf- und umzusetzen.

Ein Beispiel ist das Programm *Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung*. Es ermöglicht Kindern und Jugendlichen, die in einer schwierigen sozialen Situation aufwachsen, bessere Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat 29 Verbände, Stiftungen und Initiativen aus der kulturellen Bildung ausgewählt, die als Programmpartner für die Umsetzung von Kultur macht stark verantwortlich sind. Diese fördern deutschlandweit lokale Bündnisse, die aus mindestens drei Akteuren der Kultur-, Bildungs- und Jugendarbeit bestehen und die eigentlichen Projekte für die Kinder und Jugendlichen durchführen. Seit 2013 haben sich bundesweit fast 12.000 Bündnisse in über 27.000 Projekten engagiert.

Gezielte Förderprogramme verbessern die Bildungschancen und die gesellschaftliche Teilhabe.

Wir als DLR Projektträger unterstützen die Programmpartner, indem wir durch regelmäßige Veranstaltungen den Austausch und Wissenstransfer fördern, durch unsere Schulungen und Arbeitshilfen die Qualität der Förderverfahren sichern und die administrative Professionalisierung der zivilgesellschaftlichen Akteure stärken. So schaffen wir gemeinsam eine Basis für das Engagement der Bündnisse vor Ort und damit für gelebten sozialen Zusammenhalt und neue Bildungschancen.

Zukunftsfähige Bildungslandschaften als Grundlage für Chancengleichheit und starken Zusammenhalt

Zukunftsfähige Bildungslandschaften in den Kreisen und kreisfreien Städten vor Ort sind wichtig für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Deshalb unterstützen wir das BMBF bei der *Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement*, die dazu beiträgt, regionale Bildungslandschaften fit für die Zukunft zu machen (mehr zu unseren Leistungen im Rahmen der Transferinitiative erfahren Sie auf Seite 89). Die Möglichkeit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch das Bildungsmanagement vor Ort zu stärken, zählt seit Beginn zu den grundlegenden Elementen der Transferinitiative. Das zeigt sich ganz konkret bei den Bundeskongressen *Bildungsmanagement*, die wir als DLR-PT konzipieren, organisieren und durchführen: Sie stehen unter dem Motto *Gemeinsam* (2015), *Zusammenhalt* (2016) und *Bildung, vernetzt, zusammen* (geplant für 2020). Bei jeder dieser zentralen Veranstaltungen tauschen sich bis zu 800 Teilnehmende aus ganz Deutschland in Workshops, Vorträgen und an Marktständen über Gestaltungsmöglichkeiten und Vorgehensweisen für zukunftsfähige Bildungslandschaften aus. Damit leisten die Kongresse mittelfristig sowohl einen Beitrag zur Chancengleichheit als auch zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Gleiche Chancen trotz ungleicher Voraussetzungen

Der *Synergiendialog Horizont 2020-Strukturfonds* des DLR-PT zeigt erste Wirkung in den Bundesländern.

Die EU-Kohäsionspolitik verfolgt das ausdrückliche Ziel, den sozialen Zusammenhalt in Europa zu stärken: Durch ihre Strukturfonds fördert die EU unter anderem Maßnahmen, die sowohl Forschung als auch neue Technologien und Dienstleistungen in den EU-Mitgliedsstaaten stärken und dadurch die sogenannte Innovationslücke schließen können. Damit ist die ungleiche Verteilung von Forschungs- und Innovationspotenzial zwischen Regionen gemeint, die sich unmittelbar auf die wirtschaftlichen Zukunftschancen und damit auf die Lebensverhältnisse, etwa zwischen modernen Hotspots und strukturschwachen Regionen, auswirkt. Wir als DLR-PT wirken seit 2014 aktiv daran mit, diese Innovationslücke zu schließen, indem wir den Bundesländern Synergien zwischen dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, *Horizont 2020*, und den Europäischen Strukturfonds aufzeigen. Dazu beraten wir die Bundesländer im Rahmen der von uns betreuten Geschäftsstelle *Synergiendialog Horizont 2020-Strukturfonds* sowie der *Nationalen Kontaktstelle zur Verbreitung von Exzellenz und Ausweitung der Beteiligung an Horizont 2020*. Konkret zeigen wir durch unsere Expertise in beiden Programmwelten zum einen Möglichkeiten auf, wie sich die finanzielle Förderung der beiden Programme kombinieren lässt. Zum anderen unterstützen wir die Vernetzung von exzellenten Forschungs- und Innovationseinrichtungen mit Partnerinnen und Partnern in weniger wissensintensiven Regionen, um deren Aufholprozesse durch gezielte Investitionen zu unterstützen und so die Innovationslücke perspektivisch zu schließen.

Beispiel Niedersachsen

Niedersachsen hat 2019 erstmalig eine integrierte EU-Förderstrategie entworfen, die gezielt Synergien zwischen verschiedenen Förderprogrammen herstellt.

Der DLR-PT hat die Landesregierung im Vorfeld durch Analysen und Handlungsempfehlungen dabei unterstützt.

www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de

Beispiel NRW

Das Projekt *Brückenbildung NRW* sensibilisierte von 2015 bis 2019 innovative Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft dafür, die Synergien zwischen den EU-Förderprogrammen zu nutzen.

Der DLR-PT hat die Landesregierung dabei unterstützt, dieses Projekt auf- und umzusetzen.

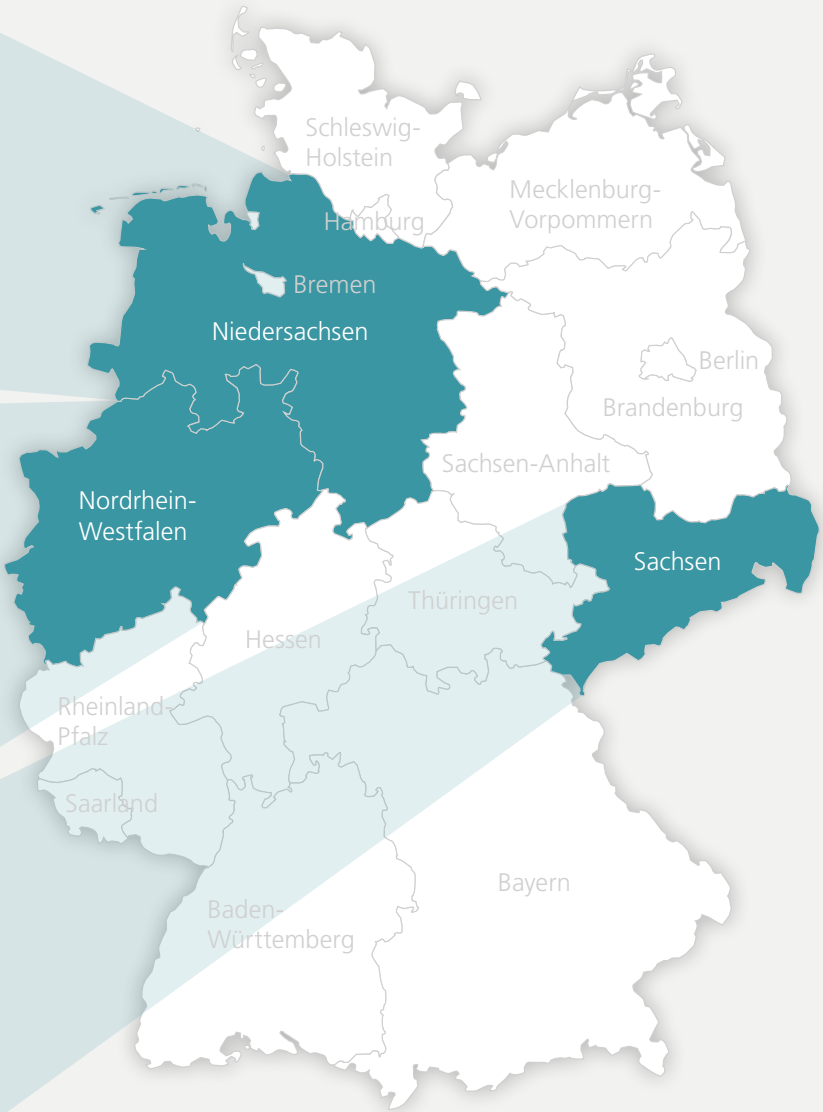
www.brueckenbildung-nrw.de

Beispiel Sachsen

Das Wissenschaftsministerium tauscht sich verstärkt mit den anderen Ressorts im Land sowie mit anderen Bundesländern aus, um seine Forschungs- und Innovationslandschaft noch internationaler auszurichten.

Der DLR-PT hat dafür durch den Synergiendialog Impulse gegeben.

www.strukturfonds.sachsen.de



Die digitale Kluft überwinden

Ungleicher Zugang zu digitalen Technologien kann gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden

Digital Divide bedeutet auf Deutsch etwa so viel wie *digitale Kluft* oder *digitale Spaltung*. Gemeint ist der ungleiche Zugang verschiedener Bevölkerungsgruppen zu Informations- und Kommunikationstechnologien. Dabei geht es mittlerweile weniger um die Frage, ob jemand überhaupt Zugang zum Internet und zu digitalen Angeboten hat, sondern vielmehr um komplexe Fragen der Chancengerechtigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie um ethische Fragen des Umgangs mit neuen Technologien.

Soziale und berufliche Teilhabe wird immer stärker von digitalen Kompetenzen bestimmt: Wer die Basisanwendungen am Computer nicht beherrscht, hat es auf dem Arbeitsmarkt zunehmend schwer. Wer unsicher im Umgang mit digitalen Formularen etwa beim Online-Banking ist, zahlt für die Beratung am Schalter höhere Gebühren. Jüngere Menschen bewegen sich zwar selbstverständlicher in der digitalen Welt als ältere – ob sie aber *Fake News* von Tatsachen unterscheiden können, hängt stark vom Bildungsstand ab.

Digitale Kompetenzen werden immer wichtiger für die soziale und berufliche Teilhabe.

Damit im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung die Kluft innerhalb der Gesellschaft nicht größer wird, brauchen wir einen konstruktiven, kritischen und kreativen Umgang mit den neu entstehenden Herausforderungen. Als DLR-PT gestalten wir in zahlreichen Aufträgen Digitalisierung für zukunftsfähige Gesellschaften. Hier drei Beispiele:

- Im Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung setzen wir das Forschungsprogramm *Verantwortliche Künstliche Intelligenz* um. Es beschäftigt sich mit der Frage, wie sich eine verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) gestalten lässt. Dabei ist das Ziel, nicht das technisch Mögliche und Machbare, sondern das gesellschaftlich Sinnvolle und Verantwortbare in den Vordergrund zu stellen. Konkret geht es vor allem um die Frage, wie KI-Anwendungen beschaffen sein müssen, damit zentrale Werte wie Sicherheit, Freiheit, Autonomie, Datensouveränität, Nachvollziehbarkeit, Gerechtigkeit und Nichtdiskriminierung gewahrt bleiben.

- Für das BMBF begleiten wir das Programm *Digitale Medien in der beruflichen Bildung*. Im Rahmen dieses Programms entwickeln und erproben Unternehmen sowie Akteure aus der beruflichen Bildung und der Wissenschaft gemeinsam digitale Lehr- und Lernangebote. Im Mittelpunkt zahlreicher Projekte stehen barrierearme Digitalkonzepte, die zu mehr Inklusion und Teilhabe in der beruflichen Bildung beitragen sollen (mehr dazu auf Seite 90).

- Das von uns betreute BMBF-Forschungsprogramm zu ethischen, rechtlichen und sozialen Aspekten (ELSA) widmet sich den Themen Digitalisierung, Big Data und Künstliche Intelligenz in der Gesundheitsforschung und -versorgung. Die Maßnahme soll die Auswirkungen der neuen Technologien auf Wissenschaft und Gesellschaft untersuchen und auf einen gesellschaftlich verantwortbaren Einsatz hinwirken.

Integrationsleistung

Der DLR-PT als kompetenter Partner bei der Integration von Flüchtlingen

Unser Land befindet sich mitten in einer Bewährungsprobe: Der Wandel unserer Gesellschaft hin zu mehr Vielfalt, der durch die Migration angestoßen wurde, muss sowohl für die Menschen, die hier ihre Heimat haben, als auch für die Neuankömmlinge, die eine neue Heimat suchen, gestaltet werden. Das betrifft beispielsweise die Integration der Flüchtlinge in Bildungs- und Ausbildungssysteme und ihren Zugang zum Arbeitsmarkt.

Der DLR-PT unterstützt die Politik dabei, Flüchtlinge in Bildungs- und Ausbildungssysteme zu integrieren und Fragen des Arbeitsmarktzuganges zu klären.

Wir als DLR-PT denken das Thema Integration bereichsübergreifend und unterstützen unsere Auftraggeber seit vielen Jahren als verlässlicher und kompetenter Partner dabei, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik entsprechend zu fördern und nötige Forschungsprojekte umzusetzen. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) unterstützen wir beispielsweise beim Programm *Förderung sozialer Kompetenz in der dualen Ausbildung, insbesondere zur Integration von Flüchtlingen*. Gefördert werden Modellprojekte, mit deren Hilfe sich der Zusammenhalt in den Betrieben stärken und die Integration von Auszubildenden in das betriebliche Umfeld fokussieren lässt. Im Mittelpunkt steht dabei der Ausbau sozialer Kompetenzen: Sie helfen dabei, neue Herausforderungen besser zu bewältigen – etwa die mediengestützte Kommunikation, flexibles Teambuilding oder verschlankte Prozesse.

Einen anderen Ansatz verfolgt das Bundesprogramm *Soziale Teilhabe durch Arbeit für junge erwachsene Flüchtlinge und erwerbsfähige Leistungsberechtigte (STAFFEL)*, das wir im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums (BMAS) umsetzen. Das Programm unterstützt unter anderem junge Flüchtlinge, die eine Perspektive auf dem deutschen Arbeitsmarkt suchen – beispielsweise durch Coachings, um zunächst für eine Stabilisierung ihrer Lebenssituation zu sorgen. Hintergrund ist, dass bei Flüchtlingen oftmals die Bearbeitung von psychischen Beeinträchtigungen im Zentrum der Unterstützung stehen muss, da sie häufig traumatisierende Erfahrungen gemacht haben.

Genau hier setzt auch eine Fördermaßnahme des BMBF an: Aufgrund des erhöhten Risikos für psychische Erkrankungen bei Flüchtlingen ist der Bedarf an Präventionsmaßnahmen und einer frühen kultursensitiven Diagnostik und Behandlung hoch. Deshalb fördert das BMBF regional und überregional angelegte interdisziplinäre Forschungsverbünde, die zu spezifischen Aspekten der psychischen Gesundheit geflüchteter Menschen forschen. Insgesamt 20 universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen arbeiten gemeinsam daran. Im Vordergrund steht die Entwicklung wissenschaftlich abgesicherter, kultursensitiver Konzepte zur Diagnose, Therapie und Prävention von psychischen Erkrankungen bei geflüchteten Menschen. Dank fundierter Kenntnisse in den Bereichen psychische Gesundheit, Diagnostik und Früherkennung sowie auf den Gebieten Public Health und interkulturelle Handlungskompetenz können wir als DLR-PT das BMBF bei der Konzeption und Umsetzung dieser Fördermaßnahme optimal unterstützen.

Zeit für Transformation

Mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit als Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Am 29. Juli 2019 war es wieder einmal so weit: Die Menschheit hatte nach nur sieben Monaten so viele Ressourcen verbraucht, wie die Erde in einem ganzen Jahr erneuern kann. Dieser sogenannte *Earth Overshoot Day* lag 1987 noch in der Mitte des Dezembers. Ein derart hoher Ressourcenverbrauch hat zwangsläufig Folgen für die Umwelt: Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Wasserverschmutzung und vieles mehr. Unsere Ökosysteme drohen an vielen Stellen aus dem Gleichgewicht zu geraten und setzen uns Menschen unter erhöhten Anpassungsdruck. Dieser Druck fällt regional unterschiedlich aus, nicht überall spüren und sehen wir die Veränderungen direkt. Wir dürfen uns davon aber nicht täuschen lassen, denn diese Veränderungen sind messbar und haben vielfach globale Auswirkungen – etwa durch lokale Störungen von Wirtschaftssystemen, die in die global vernetze Wirtschaft ausstrahlen. Oder noch schlimmer: wenn Umweltfaktoren zu Konflikten und Krisen führen, die Vertreibung und Migration nach sich ziehen und die menschliche Entwicklung zurückwerfen. Diese Szenarien fordern uns als Menschheit heraus, machen es lokal aber auch schwierig, soziale, ökonomische und ökologische Ziele in einer gesellschaftlich akzeptierten Ausgewogenheit zu verfolgen. Lokal und global zusammenzudenken und dadurch zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen, ist die Aufgabe der Nachhaltigkeitsforschung und -politik.

Wir beim DLR-PT machen uns für eine nachhaltige und gesellschaftlich akzeptierte Transformation unserer Lebens- und Wirtschaftsweise stark. Wir unterstützen die Politik dabei, strategische Lösungsansätze zu entwickeln, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange gleichermaßen berücksichtigen. Zudem stellen wir sicher, dass Förderkonzepte und Forschungsvorhaben auf aktuelle Entwicklungen ausgerichtet werden und neues Wissen schnell seinen Weg in die Praxis findet.

Seit mehr als einem Jahrzehnt betreuen wir für das BMBF das Forschungsprogramm *Sozial-ökologische Forschung* (SÖF), eines der Pionierprogramme für die Erforschung und Erprobung einer nachhaltigen Transformation. Nachdem wir durch Fachgespräche mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie durch eine öffentliche Online-Konsultation und eine Agenda-Konferenz den Forschungsbedarf in 14 Themenfeldern erfasst und skizziert haben, liegen nun die drängendsten Fragen zum Beispiel zur Verkehrswende, zur Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme und zu den Gestaltungsoptionen der Digitalisierung auf dem Tisch. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass technologische Innovationen allein keine gesellschaftlich akzeptierte Transformation unserer Lebens- und Wirtschaftsweise ermöglichen werden. Vielmehr muss es darum gehen, durch soziale Innovation – also durch die Veränderung unseres Handelns und unserer Lebensweisen – die Transformation zu gestalten. Dadurch sorgen wir für gesellschaftliche Akzeptanz und tragen so dazu bei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Förderung inklusive

Gleichberechtigte Teilhabe am (Berufs-)Leben für Menschen mit Behinderungen

In Deutschland leben knapp acht Millionen Menschen mit einer schweren Behinderung. Sie sind überdurchschnittlich häufig von (Langzeit-)Arbeitslosigkeit betroffen – obwohl sie im Vergleich mit nicht behinderten Arbeitslosen besser qualifiziert sind. Um ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe am täglichen Leben zu ermöglichen, hat die Bundesregierung den *Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention* verabschiedet. Wir als DLR Projektträger unterstützen das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) dabei, die Umsetzung dieses Aktionsplans voranzutreiben.

Menschen mit einer schweren Behinderung sind überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen.

Das Thema Inklusion als gesellschaftliches Querschnittsthema erfordert inhaltlich wie operativ eine fachübergreifende Betreuung. Der DLR-PT erfüllt das in besonderem Maße: inhaltlich, weil beispielsweise unsere Expertinnen und Experten aus den Fachbereichen *Gesundheit* und *Bildung, Gender* Förderinteressierte beraten, Projektanträge begutachten und Fördermittel treuhänderisch managen; operativ, weil wir unsere hervorragenden Erfahrungen im Management, in der Bildungswissenschaft sowie im Verwaltungs- und Verfahrensrecht einbringen können.

Unterstützung für 59 innovative Modellvorhaben

Unsere Expertinnen und Experten begleiten beispielsweise das *Programm der Bundesregierung zur intensivierten Eingliederung und Beratung schwerbehinderter Menschen*: In 59 Modellvorhaben werden mit unserer Unterstützung neue Ansätze zur Ergänzung bestehender Förderinstrumente, die bislang nicht zum Regelgeschäft der Arbeitsvermittlungen gehören, entwickelt und erprobt. Zudem werden die lokalen Beschäftigungsbedingungen für schwerbehinderte Menschen verbessert. Neue Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse werden geschaffen und bestehende Arbeitsplätze stabilisiert. Vor allem schwerbehinderte Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen – also Personen, die schon lange arbeitslos sind – profitieren von diesem Programm. Beispielsweise führen einige Projekte intensive Einzelcoachings zum Verhalten in Bewerbungsgesprächen durch. Andere Projekte bieten eine bewerberorientierte Stellenakquise an. Dabei wird für jeden schwerbehinderten Menschen individuell nach Arbeitgebern in Wohnortnähe – innerhalb des sogenannten Pantoffelradius – gesucht. Wieder andere Projekte vermitteln die Teilnehmenden direkt in das betriebliche Umfeld und coachen sie vor Ort. Zudem gibt es Projekte, die verschiedene Wege der Sensibilisierung von Arbeitgebenden erproben, indem diese vom Potenzial und der Leistungsfähigkeit schwerbehinderter Frauen und Männer persönlich vor Ort überzeugt werden. Und schließlich gibt es noch Projekte, die sich auf die Umsetzung kreativer Maßnahmen konzentrieren, zum Beispiel die Einrichtung spezieller Räume, in die sich Menschen mit Behinderungen zurückziehen können, um zu entspannen. Darüber hinaus tragen wir dazu bei, die Öffentlichkeit für diese Thematik zu sensibilisieren – etwa durch Imagekampagnen, Fotoausstellungen, Videobotschaften und Kulturveranstaltungen.

Bildung, Gender | Gesundheit

Die Zukunft der Arbeit

Ein wichtiger Beitrag für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt

Arbeit ist in unserer Gesellschaft ein wichtiges Element für einen starken sozialen Zusammenhalt. Sie ist zunächst eine Voraussetzung, um den Lebensunterhalt zu sichern und damit eine Grundlage für Wohlstand zu schaffen. Teilhabe am Arbeitsleben verhilft darüber hinaus zu Anerkennung und ist so in hohem Maße sinn- und identitätsstiftend. Studien zeigen: Menschen, die arbeitslos oder in schlecht bezahlten Jobs ohne Aufstiegsperspektive tätig sind, fühlen sich oft abgehängt und bewerten den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt schlechter.

Wir haben zudem in den letzten Jahrzehnten einen grundlegenden Wandel unserer Arbeitswelt erlebt, der insbesondere durch die Digitalisierung weiter voranschreiten wird. Diese schafft neue Chancen, aber auch neue Ausschlussmechanismen zum Beispiel für diejenigen, die bislang nicht geschult sind im Umgang mit neuen Technologien. Der DLR-PT setzt sich in unterschiedlichen Aufträgen dafür ein, dass künftige Arbeitswelten und Arbeitsplätze im Sinne eines starken gesellschaftlichen Zusammenhalts ausgestaltet werden.

Unsere Arbeitswelt verändert sich durch die Digitalisierung grundlegend.

The Future of Work: innovative Lösungen für zukünftige Arbeitswelten

Im Auftrag des BMBF haben wir – anknüpfend an das Wissenschaftsjahr 2018 *Arbeitswelten der Zukunft* – die internationale Kampagne *The Future of Work* konzipiert und Mitte 2019 eine 18-monatige Welttournee mit zehn der besten deutschen Forschungsnetzwerke auf dem Gebiet der Arbeit 4.0 gestartet. Mit dieser Welttournee bieten wir den Forschungsnetzwerken die Möglichkeit, sich mit Kolleginnen und Kollegen in Frankreich, Japan und den USA auszutauschen und Lösungen für unsere zukünftigen Arbeitswelten zu erarbeiten.

Beispielsweise haben wir über Analysen, Recherchen und eine Expertenbefragung die drei genannten Zielländer der Kampagne identifiziert (Frankreich, Japan und die USA) und die Förderbekanntmachung der Kampagne vorbereitet, um für den deutschen Forschungs- und Innovationsstandort unter dem Dach der Marke *Research in Germany* zu werben. Wir haben die Antragstellenden beraten, die Projektauswahl einschließlich einer Jurysitzung mit Fach- und Kommunikationsexperten koordiniert und setzen die Projektförderung um. Die Marketingaktivitäten der Forschungsnetzwerke begleiten wir mit einer Dachkampagne. Diese beinhaltet Delegationsreisen und Messeauftritte in den Zielländern, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Online- und Social-Media-Kommunikation. Zudem führen wir in regelmäßigen Abständen Qualifizierungsworkshops durch, in denen wir die Vertreter der geförderten Netzwerke zu Kommunikationsthemen schulen.

FutureWork: wissenschaftlich fundierte Zukunftsszenarien über 2050 hinaus

Einen anderen Ansatz verfolgt das ebenfalls vom BMBF geförderte Forschungsprojekt *FutureWork*, bei dem der DLR-PT fachlicher Partner ist. Das Projekt wirft einen szenarienbasierten Blick auf Arbeitswelten der Zukunft bis weit über 2050 hinaus. Diese Arbeitswelten werden auf neuen Berufen, Tätigkeiten und heute noch unbekanntem Technikeinsatz basieren. Auch unvorhersehbare Ereignisse, sogenannte Wild Cards, müssen berücksichtigt werden, soweit dies heute bereits möglich ist. Ob extreme Klimaereignisse, Seuchen oder Migrationsströme – vieles kann Auslöser einer fundamentalen Veränderung für die zukünftige Arbeit sein. Expertinnen und Experten der Arbeits- und Zukunftsforschung arbeiten eng mit Science-Fiction-Autorinnen und -Autoren zusammen, um auf Basis der Szenarienmethodik die Eckpfeiler der zukünftigen Rolle von Arbeit zu modellieren, um herauszufinden, wie sie ausgestaltet und organisiert sein wird.

Warum der Rechtsextremismus den sozialen Zusammenhalt bedroht

Ein Gastbeitrag von Professor Andreas Zick

Prof. Dr. Zick: „Die Wirkungen des Rechtsextremismus auf den Zusammenhalt der Demokratie sind bislang noch nicht hinreichend erforscht."

Demokratien schaffen Zusammenhalt durch Rechtstaatlichkeit, Gewaltmonopol, Solidarität, Teilhabe und Gerechtigkeit sowie den Schutz vor Menschenfeindlichkeit und Gewalt. Es ist ein Zusammenhalt, der durch die konstruktive Lösung von Konflikten wächst und gesellschaftlichen Frieden herstellt. Rechtsextremismus widerspricht all dem. Er wird zusammengehalten von Ideologien der Ungleichwertigkeit und der Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Ordnung. Er behauptet die Vorherrschaft des von ihm selbst erkorenen Volkes, und er legitimiert Gewalt gegen seine „Feinde" in Taten, Worten und Einstellungen. Behördlich sind mehr als 24.000 Personen identifiziert, von denen jede zweite gewaltaffin ist. Digitale Netzwerke haben unweit mehr Mitglieder und rechtsextreme Orientierungen finden sich empirisch auch in der Mitte der Gesellschaft. Ferner können wir eine immer stärkere Radikalisierung zur Gewalt und enge Verbindungen zu rechtspopulistischen und neurechten Milieus beobachten. Netzwerkanalysen zeigen, wie es Rechtsextremen zunehmend gelingt, Allianzen mit anderen ideologischen Milieus zu schaffen. Sie sind getragen von einer gemeinsamen nationalistischen Identität und der Ideologie des Widerstandes gegen Eliten und die Zuwanderung. Die Wirkungen auf den Zusammenhalt der Demokratie sind bislang noch nicht hinreichend erforscht. Mit der Einrichtung des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt durch das BMBF sollte das gelingen. Zudem müssen neue Präventions- und Interventionsansätze erkundet werden. Die universelle Prävention, also die Abwehr der Bindung an bestimmte Extremismen auf dem Pfad in die Radikalisierung, ist zu stärken. Die Prävention und der Schutz vor menschenfeindlichen Vorurteilen sind zu verbessern, und dazu könnte Forschungswissen schneller in Prävention und Intervention gebracht werden. Ich freue mich, dass der DLR Projektträger in diesem Feld die wichtige Aufgabe der intelligenten Organisation von Förderthemen und -formaten betreut und uns Forschenden mit seiner jahrelangen Expertise zur Hand geht.

Prof. Dr. Andreas Zick, Leitung und Vorstand des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld

→ *Mehr zum Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) erfahren Sie auf Seite 28.*

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Konferenz *Revitalising Democracy in Times of Division*

Wie können der gesellschaftliche Zusammenhalt in Europa und die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaften gefördert werden? Welche Rolle spielen in diesem Kontext Erkenntnisse aus den Sozial- und Geisteswissenschaften? Wie kann der Transfer dieser Erkenntnisse hinein in Politik und Gesellschaft besser unterstützt werden? Was sind die zentralen zukünftigen Forschungsfragen, die das kommende EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, *Horizont Europa* (2021-2027), aufgreifen sollte? Mit diesen Fragen wird sich die internationale Konferenz *Revitalising Democracy in Times of Division* beschäftigen, die vom 28. bis 29. Oktober 2020 in Bonn stattfinden wird. Die Konferenz wird im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und im Auftrag des BMBF sowie der Europäischen Kommission vom DLR-PT organisiert.

→ Weitere Informationen finden Sie hier: www.revitalising-democracy.eu